Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Führer. 1933-1936
1935

299 (30.10.1935) Badischer Staatsanzeiger

Visual Library

behält. Mag der Vormachtanspruch des Vatikans gegenüber weltlichen Gewalten in den einzelnen Staatskanzleien im Laufe der Jahrhunderte ad acta gelegt worden sein, im Vatikan selbst hat man ihn konserviert. So erblickt man im Völkerbund in gewissem Maße eine antikatholische Einrichtung, was nicht ohne Rückwirkungen auf die Haltung des Vatikans bleiben kann, wenn Italien zur Stunde sich in Schwierigkeiten mit dem Völkerbund befindet.

Nach Aeußerungen der publizistischen Verteidiger des Vatikans verfolgt dieser „mit aufrichtigem Mitgefühl die Geschicke der angegriffenen und durch den Krieg bedrohten Völker", also auch Abessinien. Für das Letztere gilt die Einschränkung, daß der „gegenwärtige Zustand dieses Staates die Hilfe einer Macht erfordert, die fähig ist, eine menschlichere Ordnung im Lande zu errichten". („La Croix"). Hier liegen die Sympathien des Vatikans zweifellos ungeteilt auf Seiten Italiens. Der Ausdruck: „Abessinien muß geholfen werden", fand in den Kanzelbotschaften der italienischen Bischöfe eine konkrete Deutung dahin, daß es in Abessinien „die katholische und römische Zivilisation einzuführen gelte". (Botschaft des Bischofs von Cosenza vom 22. ds. Mts.) Zwar wird von vatikanischer Seite ausdrücklich betont, daß die Fahnenweihen und Segenerteilungen für die ausziehenden Truppen durch Priester nur die Menschen selbst, nicht aber ihre Tätigkeit betreffe. Für das italienische Volk wird in den meisten Fällen dieser erzbischöfliche Segen für die Truppen jedoch ein Zeichen sein, daß der Vatikan ihr Unternehmen billigt. Diese Unklarheit zu beseitigen, liegt nicht im politischen Interesse des Vatikans. So beredt andererseits die Klage über Stockung der katholischen Missionsarbeit in Abessinien ist, so eröffnen sich doch dieser Mission großartige Aussichten im Falle einer endgültigen Besitznahme der abessinischen Provinzen durch Italien. Gewisse antifaschistische Tendenzen in den Kreisen hoher vatikanischer Würdenträger werden durch diese Aussicht ausgeglichen.

Die Stellung des Vatikans im abbessinischen Konflikt ist im ganzen abwartend. Gegenüber allzu großem Eifer, daß der Papst kraft seines Amtes nicht nur vermitteln könnte, sondern auch müßte, macht man verschiedene Gründe geltend. Der Papst wäre von keiner der Parteien aufgefordert worden, einen Versöhnungsvorschlag zu machen. Eine Gewähr, daß ein solcher Vorschlag angenommen würde, bestehe nicht. Viel größer sei die Aussicht, sich dadurch einen der beiden Teile zum Gegner zu machen oder das Ansehen der Religion bei Ablehnung des Vorschlags „verhängnisvoll zu kompromittieren" („Osservatore" Nr. 248). Man hat angesichts dieser Erklärungen nicht mit einem Schritt des Vatikans zu rechnen. Informationen, daß der apostolische Nuntius, Monsignore Maglino, in Paris in dieser Richtung beauftragt sei, haben sich als irrtümlich erwiesen. Wenn der Vatikan Hoffnung auf friedliche Beilegung des Konfliktes hat, so gründen sie sich durchaus nicht auf den Völkerbund, diesem „Rivalen" des Vatikans, wie „Messagero" schreibt, sondern sind auf den französischen Ministerpräsidenten gesetzt, der mehr als jemals ein französischer Ministerpräsident, wie man hier lesen kann, „der geliebte Sohn der Kirche" ist.

Sicherung des Kirchenfriedens

Wichtige Erlasse

Berlin, 29. Okt. Im Verfolg der Maßnahmen des Herrn Reichsministers zur Wiederherstellung des Kirchenfriedens hat der Landeskirchenausschuß für die evangelische Kirche der altpreußischen Union in einem Runderlaß an die Konsistorien eine grundsätzliche Entscheidung in dem Sinne getroffen, daß Disziplinarverfahren und Disziplinarmaßnahmen kirchenpolitischer Art sofort zu überprüfen und auszusetzen sind. Von der Verhängung von Ordnungsstrafen im Verwaltungswege ist abzusehen; bereits verhängte Strafen sind nicht mehr einzuziehen, bereits gezahlte Strafen sind zurückzuzahlen. Beurlaubungen, die gegen Geistliche und Superintendenten wegen ihrer Stellungnahme im Kirchenstreit ausgesprochen worden sind, sind grundsätzlich aufzuheben. In dem Erlaß werden die besonderen Fälle aufgezählt und eine Ueberprüfung in dem angeführten Sinne zur Pflicht gemacht.

Der Reichskirchenausschuß hat in einem Runderlaß an die Landeskirchen zu der vielumstrittenen Frage der Benutzung der kirchlichen Gebäude für Veranstaltungen der einzelnen kirchlichen Einrichtungen Stellung genommen. Er hat betont, daß die besonderen Umstände zwar eine Notregelung erforderten, hierbei aber der Gesichtspunkt der unbedingten Einheit der evangelischen Gemeinde beachtet bleiben müsse.

Im einzelnen wird betont, daß jeder ordinierte Geistliche, der in einer Gemeinde fest angestellt ist, das Recht auf Benutzung der kirchlichen Gebäude seiner Gemeinde zu gottesdienstlichen Zwecken hat. Ferner wird der Grundsatz aufgestellt, daß die Entscheidungen der Gemeindekörperschaften über die Einräumung der Kirchen zu Sondergottesdiensten jederzeit von einer höheren Instanz überprüft werden könne.

Mit Nachdruck wird endlich hervorgehoben, daß alle Gottesdienste innerlich wie äußerlich so zu gestalten sind, daß sie als ordentliche Gottesdienste der ganzen Gemeinde dienen.

Jeder Mißbrauch der Gottesdienste für kirchenpolitische Zwecke soll vermieden werden.

Geburtstag des Reichsministers Dr. Goebbels

Persönliche Glückwünsche des Führers

* **Berlin,** 29. Okt. Anläßlich des Geburtstages des Reichsministers Dr. Goebbels fanden sich in seiner Wohnung im Laufe des Dienstags eine große Zahl von Gratulanten ein. Gegen Mittag erschien der Führer selbst, um Dr. Goebbels persönlich seine Glückwünsche zu überbringen und ihm ein wertvolles Originalgemälde von Spitzweg zu überreichen. Musikkapellen der SA und der Marine-SA sowie ein Trommler- und Fanfarenkorps des Jungvolks und ein Singchor der HJ und des BdM brachten dem Berliner Gauleiter ein Geburtstagskonzert, während Obergruppenführer von Jagow mit Gruppenführer Uhland, sämtlichen Berliner Brigadeführern der SA und Reichsmusikführer Fuhsel persönlich ihre Glückwünsche darbrachten. Auch Obergebietsführer Axmann erschien mit dem Führer der Berliner HJ, um die Glückwünsche der Jugend zum Ausdruck zu bringen. Den ganzen Tag über liefen außerdem zahllose Glückwunschschreiben, Telegramme, Blumengrüße und Geschenke aus allen Schichten des Volkes ein.

Der Sturm auf Laval

Beschleunigte Regierungskrise? — Außenpolitische Erwägungen

(Drahtbericht unseres Pariser Vertreters.)

rd. **Paris,** 30. Okt. Die Innenpolitik Frankreichs steht auch heute noch im Zeichen der Ungewißheit, wenn sich auch die Anzeichen dafür mehren, daß die Tage des Kabinetts Laval gezählt sind. Nach dem Kabinettsrat am Dienstag versammeln sich am Mittwoch die Minister im Elysee unter Vorsitz des Staatspräsidenten Lebrun. Eine ungeahnte Anzahl Notverordnungen wird verabschiedet werden, denn am 31. Oktober erlischt das Vollmachtsgesetz. Bis dahin sind keine Ueberraschungen zu erwarten, denn die Opposition wird der Regierung die volle Verantwortung für ihr Gesetzgebungswerk überlassen. Es wird sich jedoch schon in den nächsten Tagen zeigen müssen, ob Laval die Beschlüsse der Radikalsozialisten hinsichtlich der Ligen berücksichtigt, oder ob er sie ignoriert und mit Stillschweigen übergeht. Man darf das letztere annehmen, denn eine Auflösung der Ligen würde ohne Zweifel die Demission der Minister zur Folge haben, die der Rechten angehören, also die Krise von der anderen Seite.

Im radikalsozialistischen Lager macht sich das Bestreben geltend, die Regierungskrise zu beschleunigen, wobei außenpolitische Erwägungen eine Rolle spielen. Man glaubt durch einen Sturz des „italienfreundlichen" Ministerpräsidenten Laval die britischen Wahlen weitgehend beeinflussen zu können, und man unterstreicht daher im Lager Herriots neuerdings wieder stark, daß die Außenpolitik Lavals immer mehr als „katastrophal empfunden" werde. Der Bruch ist wohl noch kaum zu vermeiden.

Undurchsichtig ist das weitere Spiel Herriots. So viel steht fest: Die Radikalsozialisten wollen Herriot als Chef der Außenpolitik, und sie wollen ferner die Auflösung der Ligen. Ob sie dagegen die Regierung mit der „Front Populaire" wollen, ist mehr als zweifelhaft. Jedenfalls hat sich in den letzten 24 Stunden der Eindruck verstärkt, daß die Regierungskrise im Höchstfall nur noch eine Frage von wenigen Wochen sein wird. Im Lager der Linken dagegen rechnet man mit einer noch rascheren Entwicklung.

Wieder ein politischer Mord in der Sowjetunion

* **Moskau,** 29. Okt. Wie die „Prawda" am Dienstag berichtet, ist am 25. Oktober in Gorki (früher Nischninowgorod) der „Stoßarbeiter" Schmyrew der Fabrik „Trud" ermordet worden. Zweifellos handelt es sich um einen politischen Mord. Schmyrew wollte die sogenannten „Stachonowschen" Arbeitsmethoden einführen, die in jüngster Zeit in der Sowjetindustrie verbreitet werden und die auf verstärkte Ausnutzung der menschlichen Arbeitskraft zwecks Steigerung des täglichen Arbeitsertrages abzielen.

Litauens neuestes Manöver

Neuer Vorstoß gegen die Memelautonomie — Das „Statutgericht"

* **Königsberg,** 29. Okt. Der große deutsche Erfolg bei der Memelwahl, die 24 deutsche gegenüber fünf litauischen Abgeordneten in den Landtag gebracht und damit die bisherige Zusammensetzung des Landtages wieder ergeben hat, veranlaßt die litauische Regierung, einen neuen Weg zu beschreiten, um das ungestörte Arbeiten der Autonomie unmöglich zu machen.

Die Vorbereitungen dazu sind schon zu Anfang dieses Jahres getroffen worden. Es wurde ein sogen. „Statutgesetz" geschaffen, durch das ein Statutgericht eingesetzt werdne soll, dem das Recht zugesprochen wird, Verwaltungsmaßnahmen des Direktoriums des Memelgebietes und Beschlüsse des Landtages oder dessen Gesetze unwirksam zu machen. Auf diese Weise sollen

die Memelländer nun schon zum fünften Male nach einer erfolgreichen Landtagswahl wieder um ihre international garantierten Rechte gebracht werden.

Es ist bezeichnend, daß man bisher nicht gewagt hat, das nach diesem Gesetz vorgesehene Statutgericht zusammenzustellen, obwohl das „Statutgesetz" bereits seit Anfang dieses Jahres vorliegt. Man hat es vielmehr vorgezogen, damit bis nach den Wahlen zu warten. Ueber das neue Statutgericht und seine Zusammensetzung kommt jetzt aus Kowno folgende Meldung:

Der Staatspräsident hat auf Vorschlag des Justizministers nunmehr die Mitglieder des durch Gesetz vom 13. März dieses Jahres errichteten sogen. Statutgerichtes für das Memelgebiet ernannt. Vorsitzender dieses Gerichtes ist der jeweilige Präsident des litauischen obersten Gerichtshofes, zur Zeit Ciplijauskas. Zu Mitgliedern wurden ernannt: Der Vizevorsitzende des litauischen obersten Gerichtshofes, Masiulis, das Mitglied des Staatsrates, Starkus, der Richter des obersten Gerichtshofes, Brusdailins, und der Dozent der Kownoer Universität, Krivicas. Die Richter des Statutgerichtes werden auf sieben Jahre ernannt. Sie werden hinsichtlich Aufsicht um Disziplinarordnung den Richtern des obersten Gerichtshofes gleichgestellt.

Die erst jetzt nach dem Ergebnis der Memelwahl erfolgte Besetzung des schon zu Anfang des Jahres geplanten sogenannten Statutgerichtes kann nur so ausgelegt werden, daß die litauische Regierung auch weiter ihren Willen ungehemmt im Memelgebiet durchzusetzen versuchen wird, so wie das bisher durch das litauische Direktorium und die Ausschaltung des Landtages und durch sonstige einseitige Maßnahmen geschehen ist. Die plötzliche Besetzung der Richterposten des Statutgerichtes erklärt sich auch damit, daß sich Litauen vorsorglich einen Hebel vorbereitet, mit dem es den neuen Landtag und das auf Grund des Wahlergebnisses zu bildende Direktorium in entscheidenden Fragen jederzeit aus den Angeln heben kann. Damit erweist sich die Vermutung als richtig,

daß das Statutgericht, das in Kompetenzstreitigkeiten zwischen der Zentralregierung und den autonomen Organen des Memelgebietes entscheiden soll, von Litauen als jenes Werkzeug betrachtet wird, mit dem der Erfolg der Memelwahl unter dem Deckmantel richterlicher Unparteilichkeit praktisch zunichte gemacht werden kann.

Aus dem von den vier Großmächten garantierten Memelstatut, dessen Auslegung dem Völkerbundsrat und dem Haager Gerichtshof vorbehalten war, ist somit ein Rechtsmittel geworden, das von einem einseitig zusammengesetzten litauischen Gerichtshof ausgelegt werden soll.

Die Schiebungen beim Liebfrauen-Orden

Der bisher größte Devisenprozeß gegen katholische Ordensangehörige

* **Berlin, 29. Okt. Vor der vierten Großen Strafkammer des Berliner Landgerichts begann heute der bisher größte Devisenprozeß gegen katholische Ordensangehörige. Die Anklage richtet sich gegen die Generalprokuratorin in der „Genossenschaft der Schwestern Unserer lieben Frau G. m. b. H., Renilde Romen & Co.", Anna Schroers (Schwester Libora) aus Mühlhausen bei Kempen am Rhein. Mitangeklagt war ursprünglich auch die Heimleiterin Anna Gerdemann aus Charlottenburg. Das Verfahren gegen sie ist aber inzwischen eingestellt worden.**

Die Gesamtsumme der von der Angeklagten Schroers ins Ausland verbrachten Beträge soll sich laut Anklage auf 825 000 Reichsmark belaufen. Der weitaus größte Teil dieser Summe — 645 000 RM. — wurde in den Jahren 1932 bis 1934 unter Mißbrauch der Ordenskleidung in Reichsbanknoten nach Holland geschafft und hier angelegt, und zwar 345 000 RM. für das Liebfrauen-Mutterhaus in Mühlhausen und die restlichen 300 000 RM. im Interesse anderer Klöster. Ein weiterer Teilbetrag von 180 000 RM. gelangte auf dem Wege über die Universumbank in Münster zur Universumbank in Amsterdam.

Die Leitung der finanziellen Angelegenheiten des Ordens lag in den Händen der Angeklagten Schroers. Sie hat nach den Ermittlungen ferner

durch unrichtige und unvollständige Angaben Devisengenehmigung in Höhe von 360 000 RM. erschlichen.

Das Geld diente in der Hauptsache zum Rückkauf von Obligationen der ausländischen Ordensanleihen. Bei einem Tilgungsgeschäft in Dollarbonds verdiente das Mutterhaus rund 300 000 RM.

In Amsterdam wurden die für das Mutterhaus des Liebfrauenordens verschobenen Reichsmarkbeträge bei der Universum-Bank unter verschiedenen Decknamen angelegt. Die Angeklagte Schroers hat in der Voruntersuchung bereits eingeräumt, daß die Scheinkonten seit 1932 tatsächlich auf ihr Betreiben eingerichtet worden seien, „damit der Orden sich in Notzeiten besser helfen könnte"! Insgesamt wurden für 366 500 Reichsmark ausländische Wertpapiere erworben, und zwar 96 000 Gulden der eigenen Holland-Anleihe, 131 000 Dollarbonds der römisch-katholischen Wohlfahrtsanleihe und 15 000 Gulden in Aktien der Universum-Bank.

Die Verhandlung wird voraussichtlich zwei Tage dauern. Die Zeugen sind für Donnerstag, den zweiten Verhandlungstag, geladen. Die Vernehmung der Angeklagten ergab, daß auch hier wieder der berüchtigte Bankdirektor Dr. Hofius als „Sachberater" aufgetreten ist. Er soll nach der Darstellung der Angeklagten den Anstoß zum Aufkauf der Obligationen gegeben haben. Die hierfür benötigten Gelder wurden von der Generalprokuratorin Schroer zum größten Teil persönlich über die Grenze geschafft. Dabei ist die Angeklagte

in ihrer Ordenskleidung, mit den Banknotenbündeln in den Taschen, vorsichtig und verstohlen durch Gärten, hinter dem Zollhaus herum über die Grenze geschlichen.

Für ihren eigenen Orden will sie auf diese Weise 150 000 RM. nach Holland gebracht haben, wozu noch weitere 101 000 RM. kamen, die über die Universumbank flossen. Die Angeklagte scheint eine Art Kurier für Dr. Hofius gewesen zu sein, denn sie hat auf sein Betreiben auch noch für andere Klöster Geld ins Ausland geschmuggelt. Im Laufe der Vernehmung behauptete die Angeklagte, mit den Devisenbestimmungen nicht Bescheid gewußt zu haben.

Im Laufe der Nachmittagsverhandlung wurde der Briefwechsel verlesen, der von der Angeklagten mit ihren ausländischen Gegenspielern geführt wurde. Weiter wurden die beiden Volksverratsanzeigen erörtert, die von der Angeklagten erstattet worden sind. Es ergab sich dabei, daß beide unrichtig oder unvollständig sind.

Dann trat das Gericht in die Beweisaufnahme ein und vernahm zunächst einen Beamten der Devisenstelle Düsseldorf, der die ersten Ermittlungen durchgeführt hat. Dieser Zeuge erwiderte auf die Frage des Vorsitzenden, ob die Generalprokuratorin im Verlauf ihrer zahlreichen Vernehmungen den Eindruck erweckt habe, daß ihr das Vaterlandsfeindliche und Volksschädigende ihres Treibens bewußt war, daß die Angeklagte mit einem leisen Lächeln über alles hinweggegangen sei. Erst als sie eingesehen habe, daß es auf Grund der vorliegenden Beweise keinen Ausweg mehr gab, habe sie sich zu einem Teilgeständnis bequemt. Der Zeuge schilderte dann zum Schluß seiner Vernehmung die raffinierte Art und Weise, in der das Geld über die holländische Grenze gebracht worden ist.

Am Donnerstag soll die Beweisaufnahme fortgesetzt werden.

Italien rüstet für alle Fälle

(Fortsetzung von S. 1)

Diese entscheidenden Maßnahmen auf wirtschaftlichem Gebiet sind nur ein leichter Vorgeschmack von dem, was noch zu erwarten ist. Die italienische Wirtschaft gleitet immer mehr in die Form einer reinen Kriegswirtschaft über, während die Staatsfinanzen schon seit längerer Zeit ausgesprochene Kriegsfinanzen genannt werden können. Die große italienische Anleihe ist in Wirklichkeit nichts anderes als eine umfassende Kriegsanleihe, um an Reserven herauszuholen, was herauszuholen ist.

Neben dieser gewaltigen Kraftanstrengung auf wirtschaftlichem Gebiet gehen natürlich die militärischen Vorbereitungen, wenn auch nicht so unverhüllt vor der Oeffentlichkeit, so doch ebenfalls weiter. Es ist sogar anzunehmen, daß sie alles noch bei weitem in den Schatten stellen, da alle wirtschaftlichen und finanziellen Maßnahmen letzten Endes lediglich eine Vorbereitung und Unterbauung der militärischen sind.

Alles das zusammengenommen ergibt aber schon eine äußerst nervöse Angespanntheit der Lage, die sich auch in der breiten Oeffentlichkeit deutlich widerspiegelt.

Drummond bei Mussolini

(Spezialkabeldienst des „Führer")

U.P. Rom, 30. Okt. Der britische Botschafter in Rom, Drummond, hatte gestern abend mit Mussolini eine Besprechung, die in diplomatischen Kreisen als sehr wichtig bezeichnet wird. Die Besprechung hat zwar zu allerlei Vermutungen Anlaß gegeben, doch ist über ihren Inhalt nichts definitives bekannt geworden. Offizielle englische und italienische Kreise haben es auch abgelehnt, die Unterredung zu kommentieren.

Graf Vinci in Djibuti

(Spezialkabeldienst des „Führer")

U.P. **Djibuti,** 29. Okt. Gestern, am Tage des Marsch auf Rom, kam hier der italienische Gesandte, Graf Vinci, um 1/2 3 Uhr morgens an. In seiner Begleitung befanden sich der Militärattaché Calderini, der Konsul von Magallo sowie dessen Assistent und Diener. Außerdem befanden sich eine Anzahl Eingeborener italienischer Soldaten im Zug.

Die Reise des Gesandten war ohne Zwischenfälle verlaufen. Allerdings hatte man alle erdenklichen Vorsichtsmaßregeln getroffen. Ein Wagen mit 50 abessinischen Soldaten begleitete den Zug von Addis Abeba bis zur Grenze. Graf Vinci schien in heiterer Stimmung und bei bester Gesundheit. Der Bahnhof wurde während der Ankunft Vinci's von französischen Somali-Polizisten sorgfältig bewacht. Fremde waren nicht zugelassen.

Der Reiseweg der „Karlsruhe"

(Drahtber. uns. Berliner Schriftleitung)

O **Berlin,** 29. Okt. Kreuzer „Karlsruhe", der am 21. Oktober zu seiner achtmonatigen Weltreise aus Kiel ausgelaufen ist, wird am 30. Oktober in Santa Cruz de Tenerifa auf den Canarischen Inseln eintreffen und sich dort bis zum 7. November aufhalten. Anschließend wird der Kreuzer folgende Häfen anlaufen: Sao Thome (Portugal) vom 18. bis 21. November, Lobito (Portugiesisch Angola) 25.—27. November, Durban (Südafrika) vom 6. bis 12. Dezember, Port Victoria auf den Seychellen vom 19. bis 28. Dezember, Batavia (Niederländisch-Indien) vom 10. bis 16. Januar, Ilo-Ilo auf den Philippinen vom 23. Januar bis 3. Februar und Hongkong vom 7. bis 17. Februar.

Reichsluftsportführer Loerzer tritt ins RLM ein

Oberst Mahnke wird sein Nachfolger

* **Berlin,** 29. Okt. Der Reichsluftsportführer Oberst Loerzer tritt mit dem 1. November auf Befehl des Reichsministers der Luftfahrt und Oberbefehlshaber der Luftwaffe, General der Flieger Göring, von seinem bisherigen Posten in das Reichsluftfahrtministerium über, um in einer höheren Stelle der Luftwaffe Verwendung zu finden. Zu seinem Nachfolger ist Oberst Mahnke, bisher Kommandeur der Fähnrichschule Eiche, ernannt worden.

Rundfunkübertragung der Trauerfeier für Ministerialrat Laubinger

* **Berlin,** 29. Okt. Auf der Volksbühne am Horst-Wessel-Platz überträgt der Deutschlandsender am Donnerstag, 11 Uhr, die Trauerfeierlichkeiten für den verstorbenen Präsidenten der Reichstheaterkammer, Ministerialrat Otto Laubinger. Um 10.50 Uhr wird ein einführender Funkbericht gegeben.

Heute

Badischer Staatsanzeiger

Folge 100 — 30. Okt. 1935

Hauptschriftleiter Dr. Karl Neuscheler

Chef vom Dienst: Dr. Georg Brixner

Verantwortlich: Für Politik: Dr. Karl Neuscheler. Für politische und allgemeine Nachrichten: Dr. Georg Brixner. Für Kultur und Unterhaltung: Dr. Günther Röhrdanz. Für den Heimatteil: Richard Volderauer. Für badische Nachrichten: Hugo Büchler. Für Lokales: Fred Feez. Für Wirtschaft, Turnen und Sport: Carl Walter Glifert. Für Bewegung und Parteinachrichten: Rolf Steinbrunn. Für Bilder: Fritz Schweizer.

Für Anzeigen: Walter Gayer. Sämtliche in Karlsruhe.

(Zur Zeit ist Preisliste Nr. 10 vom 1. Juli 1935 gültig.)

Verlag: Führer-Verlag G.m.b.H., Karlsruhe.

Rotationsdruck: Südwestdeutsche Druck- und Verlagsgesellschaft m.b.H., Karlsruhe a. Rh.

DA. IX. 1935

Zweimalige Ausgabe . . . . . 12 028 Stück

davon:

Karlsruhe . . . . . 8 402 Stück

Merkur-Rundschau . . . . . 1700 Stück

Aus der Ortenau . . . . . 1921 Stück

Einmalige Ausgabe . . . . . 46 898 Stück

davon:

Karlsruhe . . . . . 28 586 Stück

Merkur-Rundschau . . . . . 8 413 Stück

Aus der Ortenau . . . . . 9 899 Stück

Gesamtdruckauflage: 58 921 Stück

DA. IX. 1935

Teilausgabe (Sonntagsbezug)

Karlsruhe . . . . . 1 090 Stück

Merkur-Rundschau . . . . . 821 Stück

Aus der Ortenau . . . . . 1 590 Stück

Gesamtdruckauflage der Teilausgabe: 3 501 Stück